

27/SN-230/ME

AMT DER  
VORARLBERGER LANDESREGIERUNG

PrsG-4750

Bregenz, am 12. September 1989

An das  
Bundesministerium für  
Umwelt, Jugend und Familie

Mahlerstraße 6  
1015 W i e n

Betrifft	GESETZENTWURF
Zl.	57 - GE 9 SP
Datum:	18. StP. 1989
Verteilt	19.9.89 Hillel

*L. Pointner*

Betrifft: Bundesgesetz, mit dem das Familienlastenausgleichsgesetz 1967 geändert wird, Entwurf, Stellungnahme

Bezug: Schreiben vom 18. Juli 1989, GZ 23 0102/3-III/3/89

Zum übermittelten Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Familienlastenausgleichsgesetz 1967 geändert wird, wird Stellung genommen wie folgt:

Die Anhebung der Familienbeihilfen sowie die Einführung der Mehrkinderstaffelung für die Familienbeihilfe werden begrüßt, zumal damit längst fällige Verbesserungen für die Familien erreicht und Mehrbelastungen kinderreicher Familien aufgefangen werden können.

Daß in Hinkunft auch Schulpflichtige, die am häuslichen Unterricht teilnehmen, Schulbücher unentgeltlich erhalten sollen, wird ebenfalls begrüßt. Gleichzeitig wird jedoch neuerlich vorgeschlagen, vom System der Gratis-schulbücher weitgehend abzugehen und an deren Stelle geeignete Einrichtungen, wie etwa die bewährten Schülerladen, vorzusehen. In diesem Zusammenhang wird ausdrücklich auf die ho. Stellungnahme vom 29.2.1988, PrsG-4750, verwiesen.

Der Artikel I Z. 4 sieht eine Kürzung der Vergütung, die den Schienenbahnen bei Durchführung der Schülerfreifahrten aus Mitteln des Familienlastenausgleichsfonds zu zahlen ist, von 75 v.H. auf 50 v.H. des Regeltarifcs vor. Die Gewährung von Fahrpreisermäßigungen für Schüler im Rahmen der Schülerfreifahrtenregelung sollte aber uneingeschränkt als "gemeinwirtschaftliche Lei-

- 2 -

stung" anerkannt werden. Aus diesem Grund ist auch die Differenz zwischen dem ermäßigten und dem vollen (für jedermann geltenden) Fahrpreis von der öffentlichen Hand grundsätzlich in voller Höhe abzugelten. In diesem Zusammenhang sei allerdings darauf hingewiesen, daß von der Vorarlberger Landesregierung die Abgeltung derartiger Leistungen aus dem Familienlastenausgleichsfonds wiederholt kritisiert wurde. Solange jedoch eine Abgeltung gemeinwirtschaftlicher Leistungen an Privatbahnen aus anderem Titel nicht gesichert ist, kann eine Kürzung im vorgesehenen Ausmaß nicht befürwortet werden, da sonst die Existenzgrundlage jener Privatbahnen gefährdet wäre, deren Betriebsabgänge nicht zur Gänze von Bund oder Land gedeckt werden.

Für die Vorarlberger Landesregierung:

gez. Dr. Guntram Lins

L a n d e s r a t

- a) Allen  
Vorarlberger National- und Bundesräten
- b) An das  
Präsidium des Nationalrates  
  
1017 W i e n  
(22-fach)  
im Sinne des Rundschreibens des Bundeskanz-  
leramtes vom 24. Mai 1967, Zl. 22.396-2/67
- c) An das  
Bundeskanzleramt - Verfassungsdienst  
  
1010 W i e n
- d) An alle  
Ämter der Landesregierungen  
z.H. d. Herrn Landesamtsdirektors
- e) An die  
Verbindungsstelle der Bundesländer  
beim Amt der NÖ. Landesregierung  
  
1014 W i e n
- f) An das  
Institut für Föderalismusforschung  
  
6020 I n n s b r u c k

zur gefälligen Kenntnisnahme.

Für die Vorarlberger Landesregierung:  
Der Landesamtsdirektor:

Dr. E n d e r

F.d.R.d.A.

*Hindlauer*